

Bonn zu Konsequenzen bereit

Regierungserklärung zu der Rede Chrustschows über Berlin

Bonn (Eigenmeldung/dpa). Die Bundesregierung hat offiziell erklärt, eine einseitige sowjetische Kündigung der völkerrechtlichen Vereinbarungen über Berlin müßte „das deutsch-sowjetische Verhältnis in Mitleidenschaft“ ziehen. Weiter heißt es, die Bundesregierung, die Bevölkerung von Berlin, das gesamte deutsche Volk und die ganze freie Welt vertrauten auf die Garantieerklärungen der Westmächte. Die Erklärung wurde nach einer längeren Kabinettsitzung abgegeben, zu der auch die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und der DP hinzugezogen worden waren. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die Äußerungen des sowjetischen Ministerpräsidenten Chrustschow vom 10. November 1958 über den Vier-Mächte-Status Berlin lassen darauf schließen, daß die Sowjetregierung erwägt, sich einseitig von internationalen Abmachungen loszusagen. Eine solche einseitige Aufgabung völkerrechtlicher Verpflichtungen wäre ein Bruch des geltenden Völkerrechts, der das Vertrauen in den Wert sowjetischer vertraglicher Zusagen ernstlich in Frage stellen müßte.

Die Bundesregierung sieht sich zu der Feststellung veranlaßt, daß ein derartiges Vorgehen das deutsch-sowjetische Verhältnis in Mitleidenschaft ziehen müßte. Darüber hinaus würden dadurch die bereits bestehenden weltpolitischen Spannungen in gefährlicher Weise verschärft werden. Die Sowjetunion müßte für eine solche Entwicklung die volle alleinige Verantwortung tragen.

Die Westmächte haben die Verteidigung Berlins wiederholt zugesichert. Sie haben in Übereinstimmung mit der Bundesregierung immer wieder ihren Willen bekundet, an dem Vier-Mächte-Status von Berlin festzuhalten und notfalls einer Bedrohung Berlins und der Lebensinteressen dieser Stadt, von welcher Seite sie auch kommen möge, zu begegnen.

Die Bundesregierung, die Berliner Bevölkerung, das ge-

samte deutsche Volk und die ganze freie Welt vertrauen auf diese Erklärungen der Westmächte und auf den wirksamen Schutz, den ihre Garantien dem deutschen Volke gewähren.“

Auswirkungen auf den Handel?

In welcher Weise sich das deutsch-sowjetische Verhältnis verschlechtern könnte, wurde offiziell am Mittwoch nicht gesagt. An einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen glauben politische Kreise nicht, obwohl der neue sowjetische

600 Flugzeuge bereit

USA auf Luftbrücke vorbereitet

Washington (ap). Falls sich die Notwendigkeit einer neuen Luftbrücke von der Bundesrepublik nach Westberlin ergeben sollte, so könnten die USA für diesen Zweck mehr als 600 viermotorige Flugzeuge zur Verfügung stellen, wurde am Mittwochabend von verantwortlicher Seite in Washington erklärt. Zum erstenmal könnte dabei auch eine Anzahl von Düsentransportflugzeugen mit einer Stundengeschwindigkeit von 800 Kilometern eingesetzt werden. Wie weiter mitgeteilt wurde, verfügt die amerikanische zivile Reserveflotte allein gegenwärtig über mehr als 300 viermotorige Langstreckenflugzeuge, die innerhalb von 48 Stunden für die Verwendung

Schritt sehr ernst genommen wird. Möglich ist jedoch eine Verzögerung der geplanten Kulturverhandlungen oder eine Beeinträchtigung des Handelsverkehrs, an dem die Sowjetunion lebhaft interessiert ist. In den letzten Monaten ist der Warenverkehr trotz der Wirtschaftsverhandlungen bereits zurückgegangen.

Berlin unter NATO-Schutz

In Paris wurden auf einer Routinesitzung des NATO-Rates ebenfalls die Erklärungen Chrustschows aufgeworfen, aber noch nicht diskutiert. Wie später aus NATO-Kreisen verlautete, besteht keinerlei Grund, irgendeinen Zweifel an der NATO-Garantie für Berlin zu äußern. Berlin gehöre zum Bereich der NATO, so wie dies von den drei Westmächten bereits eindeutig und erneut unterstrichen worden sei.

bei einer Luftbrücke umgebaut werden könnten. Auch 18 Düsentransporter der zivilen Luftflotte sind nach Mitteilung des Vizepräsidenten des amerikanischen Luftverkehrsverbandes, Turner, sofort verfügbar.

Acht Jahre in Zonenhaft

Berlin (dpa). Der vor acht Jahren aus Westberlin entführte 34jährige Alfred Weiland kehrte jetzt nach Westberlin zurück. Er war in der Sowjetzone zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt, später zu fünfzehn Jahren begnadigt und jetzt vorzeitig entlassen worden. Am 11. November 1950 war er auf dem Rückweg vom Postamt Geisbergstraße in Schöneberg zu seiner Wohnung in der Eisenacher Straße in ein Auto gezerrt und entführt worden.

Verantwortung

K. W. B. Am 17. November hat der deutsche Botschafter in Moskau, Dr. Kroll, im Kreml eine Note überreicht. Er hat sie übergeben trotz oder wegen alles dessen, was seit Anfang der Woche geschehen ist. Die Note, die die Bundesregierung der Sowjetregierung übergeben hat, ist geplant, diskutiert und schließlich auch formuliert worden, bevor Nikita Chruschtschow mit seinem Paukenschlag aus dem Lenin-Stadion ein neues großes Thema angeschlagen hatte. Es ist zu hören, daß sich die Bundesregierung nicht dazu verstanden hat, Inhalt und Ton des deutschen Memorandums in Moskau zu ändern, obwohl die militanten Töne aus dem Kreml sehr wohl mit unserem Verlangen nach Fortschritten in der deutschen Frage zu tun haben.

*

Das kann nicht heißen, daß die Bundesregierung bewußt die Attacke gegen Berlin, gegen die Bundesrepublik und gegen den mit ihr verbündeten Westen überhören will. Es kann nur bedeuten, daß sie der Meinung ist, nun müsse erst recht die Sowjetunion auf ihre Verantwortung für die deutsche Wiedervereinigung festgelegt werden. Um die Flucht aus dieser Verantwortung geht es ja im Grunde bei dem Ausfall, der seit Anfang der Woche die halbe Welt bewegt. Es war nicht der erste Versuch, den der Kreml machte, um sich mit Drohungen und Anschuldigungen aus einer freiwilligen Verpflichtung und vielfach bekräftigten Abmachungen zurückzuziehen. Zeitpunkt und Umstände aber erheben ihn zum schwerwiegendsten seit der sowjetischen Blockade Berlins. Überall dort, wo man mit den Sowjets als Partner oder Widersacher zu tun hat, macht man sich Gedanken darüber, welche Maßnahmen den lärmvollen Ankündigungen Chruschtschows folgen könnten, und wie man sich ihnen gegenüber zu verhalten habe. Die Prüfung dieser Möglichkeiten, die in der Sowjet-Attacke liegen könnten, hält heute bei der Erwägung,

ob hier nur ein besonders verwegener Versuch des Kreml vorliegt, abzutasten, wie schwach die Solidarität des Westens heute geworden sein könnte.

*

Wenn dies das sowjetische Motiv gewesen sein sollte, dann hat Chruschtschows Moskauer Husarenritt freilich dieser westlichen Solidarität eine eindrucksvolle Wiederbelebung verschafft. Man hat lange nicht mehr die Westmächte und mit ihnen die in der NATO verbündeten europäisch-atlantischen Kräfte so einmütig und geschlossen reagieren sehen — wie nach Chruschtschows Ankündigung, er wünsche die Beendigung des Viermächte-Status von Berlin. Vielleicht vermutete der sowjetische Regierungschef die europäischen und atlantischen Mächte ermüdet von den mancherlei Engagements, die sie in Formosa, im Nahen Osten, in der Frage der Atomstop-Experimente, in der Unruhe Algeriens eingegangen waren. Vielleicht wählte er sie auf diesen Feldern, auf denen Moskau zwar erbittert, aber erfolglos gekämpft hat, zersplittert und erschöpft. Sicher vermutet er auch in der jahrelangen Strapazierung des Berlin-Problems eine solche Ermattung oder gar ein Desinteressement der Westmächte, so daß er den Versuch einer politischen Ernte glaubte wagen zu können. Wie es immer sei — er hat, das läßt sich nach fünf Tagen des Bombardements aus Moskau sagen, den Westen und den größten Teil der neutralen Welt zu einer einhelligen Gemeinschaft des Widerstandes verschmolzen, wie es weder Quemoj, Irak, Atombewaffnung noch irgendeine andere neuralgische Stelle der Weltpolitik vermocht hatten.

*

Moskau hat mit dem Berlin-Angriff nicht so sehr die Stadt, als vielmehr die Westmächte herausgefordert. Wohl ist es eindrucksvoll und woltuend, zu sehen, wie sich die westliche Solidarität sogleich über demonstrative Gesten hinaus zu Bereitschaft und Aktion versammelt hat. Wir nehmen die Ankündigung aus Amerika, daß 600 Flugzeuge sofort bereitstehen, daß für eine eventuelle neue Blockade oder andere Maßnahmen alle Vorbereitungen getroffen sind, mit Genugtuung

zur Kenntnis. Aber wir möchten hoffen, daß über die Bereitschaft zum Einsatz hinaus sich nun die Gedanken in den politischen Kabinetten der Überlegung zuwenden, wie jetzt das heiße Eisen zu schmieden sei, das Chruschtschow mit so ganz anderen Absichten dröhnend angeschlagen hat.

*

In diesem Sinne scheint uns das, was der deutsche Botschafter Dr. Kroll im Kreml überbracht hat, mehr als ein papierne Angebot zu sein. Wohl hat die Bundesregierung wissen lassen, daß auch nur eine Teilrealisierung der Chruschtschowschen Ankündigungen das deutsch-sowjetische Verhältnis auf das schwerste gefährden müßte. Und man weiß, daß die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen, die in der nächsten Woche in Bonn beginnen sollen, jetzt unter einem sehr schlechten Stern stehen. Doch all diese — gerade auch für Moskau — düsteren Perspektiven ergeben sich aus dem nun immer unausweichlicher werdenden Bewußtsein, daß die Beziehung zwischen der Sowjetunion und dem Westen um so schlechter und gefährdender wird, je mehr sie sich an der Lösung der gesamtdeutschen Frage vorbeidrücken will.

Bisher mochte diese Zunahme der Spannungen nur das Verhältnis von Moskau und Bonn belasten. Mit dem, was Herr Chruschtschow jetzt unternommen hat, sind die Westmächte zum Partner der deutschen Politik in der Schicksalsfrage der Deutschen geworden. Bei allen anderen Problemen, in denen es Zusammenstöße mit der Sowjetunion während der letzten Jahre gegeben hat, stand nicht die Existenz der Mächte auf dem Spiel. Wo es um Berlin und um Deutschland geht, sieht sich — das hat Chruschtschow deutlich wie nie gezeigt — der Westen aber selber bedroht. Dies müßte dazu führen, daß hinter den bereitgestellten Flugzeugen nun die Politiker auf den Plan treten. Eine große Anstrengung ist jetzt vonnöten: Die Sowjets in der Stunde, da sie aus der Verantwortung für den Frieden entweichen wollten, zur Betätigung dieser Verantwortung zu zwingen.

1943 wurde Deutschland geteilt

Unser Bonner W.-Korrespondent veröffentlicht in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift „Die politische Meinung“ einen Artikel, in dem er einige neue Ergebnisse einer Untersuchung über die Ursprünge der deutschen Spaltung mitteilt. Nachfolgend gibt er eine Zusammenfassung dieser Darstellung:

Wir werden in einigen Wochen, gegen Ende dieses Jahres, trauernd des 15. Jahrestages der Teilung Deutschlands gedenken können. Denn vor 15 Jahren, Ende 1943, als die deutschen Armeen nach Frankreich, Polen, Skandinavien, den Balkan und weite Teile Rußlands besetzt hielten, sind schon die Würfel über die Einheit unseres Landes gefallen. Nur wurde es uns damals nicht bekannt und ist uns auch heute noch nicht bewußt, daß über das Schicksal Deutschlands schon so früh entschieden worden ist.

Die beiden verbreitetsten Anschauungen setzten die Teilung Deutschlands im Jahre 1945 an. Die erste weist darauf hin, daß im Februar 1945, auf der Konferenz von Jalta, die Aufteilung Deutschlands in verschiedene Staaten von den Großmächten im Prinzip beschlossen worden ist. Die zweite macht darauf aufmerksam, daß dieser Beschluß niemals ausgeführt worden ist, und meint, die Einheit Deutschlands habe noch bis zur Potsdamer Konferenz im Juli und August 1945 bestanden. Erst als der Beschluß von Potsdam, deutsche Zentralverwaltungen einzurichten, an dem französischen Widerspruch scheiterte, habe das „Auseinanderleben“ der beiden Teile Deutschlands begonnen.

Der Eisener Vorhang

Beide Auffassungen sind fragwürdig. Die erste ist sogar mit Sicherheit falsch. Denn die in Jalta „im Prinzip“ beschlossene Aufteilung Deutschlands hatte nichts mit den Zonengrenzen zu tun, und in Potsdam sind die drei Großmächte (Frankreich war dort noch nicht vertreten) ausdrücklich von der Aufteilung Deutschlands abgerückt. Was die zweite Auffassung angeht, so setzt sie bewußt oder unbewußt voraus, daß die vier Besatzungsmächte zunächst keine anderen Absichten verfolgten, als Deutschland zu kontrollieren, es zu entwaffnen und vielleicht noch „umzuerziehen“. Aber damit gerät sie bereits in einen

Widerspruch zu unserem Erleben. Schon Monate vor der Potsdamer Konferenz ist die Sowjetzone von den übrigen Teilen Deutschlands abgetrennt worden. Winston Churchill, damals noch britischer Premierminister, stellte schon im Mai 1945 fest, daß vor der Front der sowjetischen Truppen in Deutschland ein „Eisener Vorhang“ niedergegangen war.

Wir wissen nicht mit Sicherheit, ob die Sowjetregierung gleich bei der Einrichtung der Besatzungszonen in Deutschland an die Möglichkeit gedacht hat, den von ihr besetzten Teil in einen eigenen Staat mit kommunistischem Regime umzuwandeln. Da die sowjetischen Archive fest verschlossen sind, werden wir es vielleicht nie erfahren. Und doch hier die entscheidende historische Frage, an deren Lösung wir heranzukommen versuchen müssen. Glücklicherweise bieten die veröffentlichten Berichte über den Gang der alliierten Verhandlungen über die Festlegung der Zonen einige Anhaltspunkte.

Die Überlegungen der Alliierten über die Besetzung Deutschlands nach Kriegsende begannen Ende 1943. Damals fiel auch gleich die wichtigste Entscheidung. Von britischer Seite war vorgeschlagen worden, keine Besatzungszonen einzurichten, sondern die Besatzungstruppen der alliierten Mächte kreuz und quer über Deutschland zu zerstreuen. Wäre dieser Vorschlag angenommen worden, so hätte die Teilung Deutschlands verhindert werden können. Leider wurde er von den Amerikanern abgelehnt — aus Rücksicht auf die Sowjets, von denen man mit Recht annahm, daß sie ihre Soldaten möglichst wenig mit den Soldaten der Westmächte in Kontakt geraten lassen wollten.

Das war die Spaltung

Die Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen brachte automatisch die Gefahr der Spaltung mit sich, wie Th. Eschenburg einmal gezeigt hat

(Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 5. Jahrgang 1957). Denn zum erstenmal in der Geschichte sollte hier ein Staat von mehreren Mächten gemeinsam besetzt werden, die sich durch ihre innere Gesellschaftsordnung und ihre außenpolitische Zielsetzung grundlegend voneinander unterschieden. Zwangsläufig mußte daher in Deutschland eine Tendenz zur Eingliederung der beiden Teile in die Gesellschaftsordnung und das Staatensystem der verschiedenen Besatzungsmächte entstehen, der nur der Fortbestand oder die sofortige Neubildung einer deutschen Regierung bei Kriegsende hätte entgegenwirken können — wie es in Österreich 1945 gelang. Hier hätte die Bedeutung eines erfolgreichen Putsches gegen Hitler und die nationalsozialistische Herrschaft liegen können.

Fehler des Westens

Die Vertreter der Westmächte haben die Gefahr der Spaltung Deutschlands nicht rechtzeitig erkannt. Ein britischer Diplomat, der an den Verhandlungen beteiligt war, hat in seinen Memoiren geschrieben: „Wir haben damals nicht erwartet, daß die Zonen voneinander abgeschlossen würden.“ (Strang, Home and Abroad, S. 215). Man sah die Einteilung Deutschlands in Zonen eben als eine rein besatzungstechnische Angelegenheit ohne politische Bedeutung an. Ob die Sowjets auch so „wertfrei“ dachten, erscheint angesichts ihres Verhaltens in den Verhandlungen fraglich.

Das sowjetische Verhalten erscheint erst im richtigen Licht, wenn man zugleich berücksichtigt, daß die Engländer sich gleichzeitig bemühten, eine nicht zu große Besatzungszone zu bekommen, und daß die Amerikaner sich mit Händen und Füßen dagegen wehrten, an der Besetzung Österreichs überhaupt beteiligt zu werden. Die Sowjets feilschten dagegen um jedes erreichbare Gebiet. Sie scheinen frühzeitig erkannt zu haben, daß sie ihre Besatzungszonen in Deutschland und Österreich als „Spanische Wand“ benutzen konnten, um dahinter Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn verschwinden zu lassen,

Perwuchin nach Moskau

Sowjetbotschafter erhält Weisungen zur Chruschtschow-Rede

Berlin (Eigenmeldung/ap/dpa). Der sowjetische Botschafter in Ostberlin, Perwuchin, ist zur sofortigen Berichterstattung nach Moskau gerufen worden. Es wird angenommen, daß Perwuchin über die nächsten Schritte der sowjetischen Regierung im Zusammenhang mit der Rede Chruschtschows über den Status Berlins instruiert wird und mit neuen Informationen für die Sowjetzonenregierung und die SED nach Ostberlin zurückkehren wird.

Daß in Pankow offenbar keine volle Klarheit über die sowjetischen Absichten herrscht und noch jede „Sprachregelung“ fehlt, war westlichen Pressevertretern bereits auf der Pressekonferenz des Pankower Ministerpräsidenten Grotewohl aufgefallen. Bezeichnend hierfür war unter anderem, daß der entscheidende Satz Grotewohls, die Sowjettruppen würden „vielleicht unter der Voraussetzung“ des gleichzeitigen Abzugs der westlichen Truppen die DDR verlassen, wenige Stunden später amtlich geändert wurde in „natürlich unter der Voraussetzung“.

In den Hauptstädten der westlichen Besatzungsmächte setzt sich immer mehr die Auffassung durch, daß es falsch wäre, die Rede Chruschtschows zu dramatisieren. Trotzdem ist man bemüht, der Sowjetunion eindeutig klarzumachen, daß die Westmächte zu ihren Verpflichtungen gegenüber Berlin stehen und an der Rechtmäßigkeit ihrer Anwesenheit in Berlin nicht rütteln lassen. So stellte das US-Außenministerium in einer offiziellen Verlautbarung fest: „Die Westmächte kamen nach Berlin und bleiben dort als militärische Besatzungsmacht mit Besatzungsrechten, die auf der Niederlage Nazideutschlands begründet sind.“

Das Recht der Westmächte auf Truppenstationierung in Berlin beruhe nicht auf dem Potsdamer Abkommen, sondern auf besonderen Vereinbarungen der vier Besatzungsmächte, die zum Teil noch aus der Kriegszeit stammten und nach dem Kriege von Moskau bestätigt wurden.

„Sorgepflicht für Berlin“

Der stellvertretende Vorsitzende des Gesamtdeutschen Ausschusses, Dr. Gradl, betonte am Donnerstag, die westliche

Welt dürfe keinen Zweifel lassen, daß das Besatzungsrecht gleichzeitig das „völlig unbehinderte Sorgerecht und sogar die Sorgepflicht gegenüber der den Besatzungsmächten anver-

trauten Bevölkerung von Berlin“ bedeute. Die Bundesregierung werde weiterhin dafür zu sorgen haben, daß die wirtschaftliche Verbindung mit Westberlin und insbesondere die Auftragserteilung der westdeutschen Wirtschaft nach Berlin nicht durch den östlichen Vorstoß beeinträchtigt werde. „Es könnte für die ganze Welt verhängnisvoll werden, wenn die Sowjets zu der Selbsttäuschung kämen, sie könnten in bezug auf Berlin etwas riskieren“, erklärte Gradl in einem Interview.

Wenig Beifall für Gomulka

Wieder aus Moskau zurück — Zeitungen schwiegen

Warschau (ap). Der polnische Parteichef Gomulka, der aus der Sowjetunion nach Warschau zurückgekehrt ist, sprach sich hier nachdrücklich für die Politik der Sowjets „im Hinblick auf den Status von Berlin“ aus. Er erklärte auf einer Versammlung im Warschauer Kulturpalast, eine Revision des Viermächte-Abkommens über Berlin sei „infolge des ständigen

Bruchs der grundlegenden Potsdamer Bestimmungen durch die Westmächte und besonders durch die Deutsche Bundesrepublik“ erforderlich.

Die Zuhörer Gomulkas verhielten sich erstaunlich teilnahmslos. Sie applaudierten nur selten. Zuvor war bereits aufgefallen, daß die meistgelesene Warschauer Morgenzeitung, „Sztndar Młodych“, das Kommuniqué über die sowjetisch-polnischen Besprechungen erst auf der dritten Seite veröffentlicht hatte. Die polnischen Blätter enthielten sich jeden Kommentars zur Rede Chruschtschows, und nur das Parteiorgan „Trybuna Ludu“ brachte Meldungen über die westliche Reaktion auf die Forderung des sowjetischen Regierungschefs, die Viermächte-Kontrolle in Berlin zu beenden.

„Wahlpropaganda“

Berlin (Eigenmeldung). Außerst geschmacklose Propagandaplakate der SED, die auch wieder Bischof D. Dr. Dibelius verunglimpfen, sind zur Zeit auf den Ostberliner S-Bahnhöfen und in öffentlichen Gebäuden zu sehen. Ein Adventskalender in Form eines von Atomraketen gebildeten Orgelprospektes zeigt hinter zwölf aufklappbaren Pappfenstern neben Karikaturen von Mitgliedern der Bundesregierung Bischof Dibelius in einem Feld von Raketenköpfen, die ein Hakenkreuz tragen. Darunter steht: „Lasset die Kindlein zu mir kommen.“ Eine zweite Karikatur stellt den Bischof mit segnenden Händen vor Raketenreihen dar. Darunter ist zu lesen: „... und wehret den Mördern nicht.“ In einem Pamphlet, das diese Karikaturen begleitet, ist zu lesen: „... Das ganze litzengeschnüchte Geschmeiß, auf christlich dekoriert, zum Kreuzzug neu formiert.“

Gomulka beschuldigte in seiner Rede mehrfach die Bundesrepublik, „den Weg des Militarismus“ zu gehen. Er versicherte die Sowjetzone der Unterstützung Polens und warnte vor jedem Versuch der Bundesrepublik, die von Polen verwalteten deutschen Ostgebiete wiederzugewinnen. Ein solcher Versuch, sagte er, würde sich „gegen den Frieden“ richten. Polen sei nicht allein.

Gomulka unterließ jeden Hinweis darauf, daß das Recht Polens, die deutschen Ostgebiete zu verwalten, im Potsdamer Abkommen niedergelegt ist, dessen Aufgabe er ebenso wie Chruschtschow fordert.

Der Alleingang

DT. Bundesjustizminister Schäffer hat für eine Sensation gesorgt. Er hat am 20. Oktober 1956, also vor mehr als zwei Jahren, in Ostberlin mit dem damaligen Botschafter bei der Pankower Regierung, Puschkin, ein Gespräch gehabt. Die Sensation wäre ausgeblieben, wenn es zu den Gepflogenheiten der Regierungsmitglieder in Bonn gehörte, mit Diplomaten Moskaus am Hof Pankows zu sprechen. Sie wäre auch noch ausgeblieben, wenn man von Schäffers Alleingang rechtzeitig erfahren hätte. Sie wäre weiterhin ausgeblieben, wenn sogleich, nachdem der SED-Chef Ulbricht das Gerücht von Verhandlungen der Ulbricht-Behörden mit einem Minister der Bundesregierung in die Welt gesetzt hatte, der Justizminister Schäffer sich zur Richtfeststellung des Gerüchtes gemeldet hätte.

Nun aber ist es notwendig, mehr als die sparsamen Erklärungen Schäffers darüber zu hören, was der Weg des damaligen Bundesfinanzministers in die sowjetische Botschaft Unter den Linden sollte und was man von der langen Verhaltheit zu denken hat, mit der dieser Schritt vom Oktober 1956 im Schweigen der Jahre verblieben ist. Schäffer spricht heute von der Wissensnot, die ihn zu Puschkin nach Ostberlin getrieben hatte. Gewiß ist der Drang, die uns noch immer vorenthaltene Wiedervereinigung zu erreichen, auch zu sehr ungewöhnlichen Wegen fähig. Schäffer widerspricht heftig der Ulbrichtschen Behauptung, daß er seinerzeit mit Stellen des Ulbrichtschen Regimes gesprochen habe. Er beklagt aber, daß das Gespräch mit den sowjetischen Stellen ergebnislos geblieben sei.

Man muß sich freilich fragen, was der Minister im Kabinett Adenauer denn von einem Gespräch Unter den Linden eigentlich erwartet hat? Man muß es um so intensiver fragen, als der Kontakt mit den Sowjets für den Bonner Minister, wann immer ihn der Wunsch nach einer politischen Sonderaktion drängte, in Godesberg über den damaligen ersten sowjetischen Botschafter Sorin fraglos

authentischer und schneller herzustellen war. Sollen wir uns den Schritt Schäffers daraus erklären, daß im Oktober 1956 durch den „polnischen Frühling“ sich für ihn wie auch für viele andere Hoffende im Ostblock eine Auflockerung oder Erweichung der Standpunkte erkennbar machte? Dachte Schäffer an eine unter dem Druck der Ereignisse sich aufgeschlossen darbietende Sowjetunion, an eine Liberalisierung des Ulbricht-Regimes?

Wir möchten dies und vieles mehr wissen, wenn wir verstehen sollen, was Schäffer am 20. Oktober 1956 gedacht, getan,

gewollt und nicht erreicht hat. Die Frage der Wiedervereinigung ist uns großen politischen und moralischen Einsatz wert. Aber wir müssen ganz genau begreifen, was der einzelne hierfür wagen kann und was er unterlassen muß. Auch die Politik von Einzelgängern unterstützen wir, wenn sie das Tor der Freiheit aufzubrechen imstande ist. Zwischen dem Schäffer vom 20. Oktober 1956 und dem vom 12. November 1953 aber liegen mehr als zwei Jahre politischen Schweigens. Und die Zunge, die sich jetzt löste, sagte zuwenig. Wir brauchen Aufklärung!

Berliner riefen: SED raus!

Stürmische Protestdemonstrationen vor dem Sportpalast

Berlin (Eigenbericht). Starke Einsatzkommandos der Westberliner Polizei mußten in der letzten Woche eine Wahlversammlung der SED vor der Wut einer großen Menschenmenge schützen, die sich vor dem Sportpalast versammelt hatte. Immer wieder riefen die etwa 2000 Demonstranten in Sprechchören: „SED raus!“ „Nieder mit der SED!“ Als sich die Demonstranten trotz mehrfacher Aufforderung der Polizei nicht zerstreuten und einige junge Burschen versuchten, von dem benachbarten Rummelplatz aus Steine in die Scheiben des Sportpalastes zu werfen, gingen die Einsatzkommandos energisch vor. Von mehreren hundert Polizisten wurden teilweise mit Hilfe des Gummiknüppels die anliegenden Straßen geräumt und dann hermetisch verriegelt. Der Abzug der etwa 8000 Kommunisten aus dem Sportpalast konnte sich danach reibungslos vollziehen.

Bereits zu Beginn der SED-Kundgebung wurden Besucher der Veranstaltung von der Menge mit Pfui-Rufen und anderen Äußerungen empfangen. Zahlreiche junge Burschen mischten sich unter die Demonstranten. Kurz vor Schluß der Kundgebung wurden die inzwischen auf 450 Mann verstärkten Polizeikräfte mit höhnischen Äußerungen von Jugendlichen überschüttet. Daraufhin drängten die Polizisten die Demonstranten bis zur Bülowstraße

zurück. Es erfolgten vier vorläufige Festnahmen.

Im Sportpalast selbst versuchte das Mitglied des SED-Politbüros, Prof. Norden, die Politik der SED mit massiven Drohungen und Beschuldigungen gegen die Bundesrepublik und Westberlin zu rechtfertigen. Es fehlte dabei nicht an wüsten persönlichen Beschimpfungen. Bundesminister Lemmer wurde von Norden ein „Generalissimus aller Achtgroßenjungs“ genannt. Auffallend schonend behandelte der Redner die SPD. Den westlichen Besatzungsmächten befriftet er das Recht, in Berlin zu sein, da sie das Potsdamer Abkommen zerstört hätten. Zur Frage der Wiederaufnahme des Telefonverkehrs in Berlin meinte Norden, die SED sei dazu bereit unter der Voraussetzung, „daß die Amerikaner die Gespräche nicht abhören“.

Zuvor hatte der SED-Spitzenkandidat Baum die etwa 8000 Versammlungsteilnehmer aufgefordert, ihre Personalausweise hochzuheben, um so den „Beweis“ antreten zu können, daß die Teilnehmer nicht aus Ostberlin gekommen seien. Etwa die Hälfte der Anwesenden zeigte spontan Ausweise, die zum größten Teil in einer Schutzhülle steckten. Im Anschluß an die Reden wurde in dieser ersten kommunistischen Kundgebung, die seit 25 Jahren im Sportpalast stattfand, ein „Kulturprogramm“ gezeigt.

Kollege Friedrich war in Sotschi

Gespräch mit einem Reisenden, der auszog, um die Sowjetunion kennenzulernen

Kollege Friedrich ist drei Wochen gegen Entrichtung von 1800 DM in der Sowjetunion gewesen. Ganz privat. Solche Reisen gibt es, und Intourist organisiert sie für Bewohner Mitteldeutschlands, soweit sie zahlen können. Kollege Friedrich hat viel erlebt. Er war in Leningrad, Moskau, Sotschi und Tiflis. Privat, aber nicht allein. Mit ihm fuhren 25 Bürger, 23 gehörten der SED an. Meist Funktionäre aus dem Staatsapparat mit ihren Ehefrauen beziehungsweise Lebensgefährtinnen.

Wie war's? fragte ich Friedrich; Einfach phantastisch, erwiderte er. Wir hatten einen Oberst aus dem Ministerium für Nationale Verteidigung dabei, einen Ingenieur-Oberst, der früher in Nordafrika bei Feldmarschall Rommel etwa dasselbe war. Fünfzig Jahre alt, mit Frau. Immer hatte der Oberst Angst, daß im Nahen Osten ein Krieg ausbräche. Er hatte sich deshalb mit Wintersachen versehen, obwohl wir doch im Sommer reisten. Ich fragte ihn, warum. Er sagte: „Sehen Sie, der Weltkrieg kann jede Stunde ausbrechen, dann sitzen wir hier in der Sowjetunion und bei mir im Berliner Ministerium ist der Teufel los. Glauben Sie, die kriegen uns so schnell nach Berlin, wo wir gebraucht werden? Denken Sie doch: wie ich den Mob-Fall ausgearbeitet habe — und nun kann ich nicht dabei sein, wenn es losgeht. Ich fehle doch. Ich sitze hier, abgeschnitten, wer kümmert sich um mich? Ich habe mich deshalb mit meiner Frau für eine Überwinterung eingerichtet.“ Ein alter Offizier, natürlich. Täglich holte er sich morgens die „Prawda“, um festzustellen, ob es schon Krieg gab.

Selbst im Urlaub

Wir hatten aber auch einige SED-Funktionäre dabei — fuhr Kollege Friedrich fort —, die täglich an ihre Partei und ihren Parteauftrag dachten, den sie mitbekommen hatten. Ein Funktionär zum Beispiel veranstaltete jeden Mittag nach dem Essen für uns alle eine Zeitungsschau, wie sie ja auch hier bei uns im Betrieb stattfindet. Wir mußten uns im Speisesaal um ihn herumsetzen, und dann erläuterte er uns nach „Prawda“ und „Iswestija“ die Weltlage und die Situation des sozialistischen Lagers. Fein, nicht

wahr, zur Verdauung auf Urlaub? Jeden zweiten Tag aber veranstaltete die Parteigruppe unserer Urlauber eine Parteiversammlung. Die Genossen zogen sich dann in einen Kulturpark oder in eine Hinterstube des Hotels zurück, einmal auch an den Strand von Sotschi. Dort machten sie in Versammlung. Schön, nicht? Selbst im Urlaub, dazu noch im Vaterland aller Werktätigen, konnten sie ohne Propaganda nicht leben. Ulbrichts Schatten verfolgte sie bis in den Kaukasus.

Ich fragte einmal unsere Dolmetscherin, eine Studentin aus Moskau von der Lomonossow-Universität, ob es denn auch in der Sowjetunion täglich überall eine Zeitungsschau gäbe und Parteiversammlungen alle zwei Tage? Nadjenka erwiderte: „Zeitungsschau? Niemals bei uns an der Universität. Und Schulung? Wöchentlich eine halbe Stunde — aber wer geht

Tito-Protest in Pankow

Belgrad (dpa). Der jugoslawische Gesandte in Ostberlin, Voznjak, hat in einer Note an Pankow scharf gegen die Angriffe protestiert, die Grotewohl im Zusammenhang mit der Ostberliner Oktoberrevolutionseifer am 6. November gegen Jugoslawien gerichtet hat.

In der Note heißt es, maßgebende Persönlichkeiten der DDR hätten in letzter Zeit immer häufiger unbegründete Angriffe gegen die Innen- und Außenpolitik Jugoslawiens gerichtet, was in krassem Widerspruch zu allen Prinzipien einer normalen zwischenstaatlichen Zusammenarbeit stehe. Es sei offenkundig, daß Reden, wie die von Grotewohl gehaltene, die Grundlagen der Beziehungen zwischen beiden Staaten erschüttern müßten.

da schon hin. Die meisten schwänzten die Schulung.“ — Und Nadjenka lachte, als ich erzählte, daß wir täglich Zeitungsschau im Urlaub hätten und die Genossen alle zwei Tage Parteiversammlung als Touristen.

„Stalin tot“

Was war denn das Komische auf der Reise? fragte ich den Kollegen Friedrich. Als wir in Tiflis waren, erwiderte er, kam auch Gori in die Diskussion. Gori, das ist doch der Geburtsort Stalins. Überall in Georgien hatten wir die Stalin-Büsten aus Gips gesehen. Nun stand zur Diskussion: kann man Gori besuchen oder nicht. Die Genossen spalteten sich ganz ernsthaft in Stalinisten und Antistalinisten. Es gab hitzige Wortgefechte. Schließlich half uns Nadjenka: „Gori-Besuch nicht im Intourist-Programm“, sagte sie. „Nicht mehr im Programm. Stalin tot.“

Sehr komisch, sagte ich. Kollege Friedrich lächelte: In Sotschi am Schwarzen Meer trafen wir im Sanatorium, in dem wir wohnten, eine ganze Menge Amerikaner, die wie wir Intourist-Reisen machten. Sie hatten Tonbandgeräte mit und spielten am Strand den Russen Rock 'n' Roll und Calypso vor. Das hatten sie mitgebracht. Und das gab eine große Diskussion bei uns, unter unseren lieben deutschen Genossen, denn sie konnten nicht verstehen, daß die sowjetischen Freunde es zuließen, daß die Amerikaner die Urlauber am Strand von Sotschi mit Rock 'n' Roll verweachten. Kapitalistisch und so, na Sie wissen ja, was gerade wieder die SED-Kreisleitung bei uns darüber gesagt hat. Die Russen tanzten bald Rock 'n' Roll am Strand. Es machte ihnen Spaß, und niemand verbot es.

Und Sie? fragte ich Kollege Friedrich. Ach, sagte er, in der Zeitungsschau hatte es uns der Genosse Funktionär nahegelegt, nicht mitzumachen. G. W.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

Adam und Eva und die Einheitsliste

Eine zeitgemäße biblische Auslegung in Ungarn

Budapest (ap). Am Vorabend der ungarischen Parlamentswahlen erzählte man sich in Ungarn hinter vorgehaltenen Händen den folgenden Witz: Ein älterer Fabrikarbeiter wurde während einer Wahlversammlung aufgefordert, eine Rede zu halten. „Nun“, so begann der in Ehren Ergraute, „am Anfang schuf Gott Himmel und Erde.“

Der Parteisekretär: „Ja, schon gut, aber nun komm schon auf die Wahlen zu sprechen.“

„Dann schuf er die Sonne und den Mond“, fuhr der Arbeiter unbeirrt fort. Der ungeduldig werdende Parteisekretär: „Es soll doch eine politische Rede werden.“

„Ja, das weiß ich“, sprach der Arbeiter unerschütterlich weiter, „und dann also erschuf Gott den Adam. Aus einer Rippe Adams machte er Eva und sagte dann zu Adam: „Nun kannst du zur Wahl gehen und dir deine Frau aussuchen.““

Moralspritzen für Pankow

So beurteilt Amerika Chruschtschows Vorstoß in der Berlin-Frage

Von unserem Korrespondenten

St. New York. — Als Außenminister Dulles vor knapp zwei Monaten angesichts der Quemoy-Krise ausrief, Amerika müsse Quemoy vor der Küste Rotchinas verteidigen wie das freie Berlin, da dürfte er kaum gegnert haben, eine wie aktuelle politische Bedeutung diesem Vergleich (der an sich gewiß etwas hinkte) innewohnte. In der amerikanischen Öffentlichkeit hat die neue Drohung Chruschtschows gegen Berlin viel Erregung und Nervosität ausgelöst, während die Washingtoner Regierungskreise eine bemerkenswerte Ruhe und Gelassenheit an den Tag legen. In der Presse ist nervös ausgerufen worden, daß Chruschtschow Stalin genau kopiere und jetzt eine neue Blockade vorbereite; diese könne erster werden, weil 1943 ja das westliche Recht auf Benutzung des Luftkorridors zur Versorgung Berlins unbestritten geblieben war. Es wird auch darauf hingewiesen, daß zwischen Chruschtschows und Ulbrichts Haltung in dieser Frage ein deutlicher Unterschied bestehe: ersterer erkenne das Potsdamer Abkommen an und wolle es nur kündigen, Ulbricht dagegen bezeichne es als illegal.

In Regierungskreisen glaubt man, daß Chruschtschow primär nur den Regierungen in Pankow und Warschau „Moralspritzen“ verabfolgen wollte, um ihre Position zu stärken; eine zweite Theorie ist, daß Moskau den Rapacki-Plan, den es im Grunde nie geliebt habe, sabotieren

wollte — weil jetzt der Westen diesem natürlich weniger geneigt sein dürfte denn je. Zur Sache selber steht Washington nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das Statut des freien Berlin juristisch unanfechtbar sei, und politisch ist Washington genauso wie vor zehn Jahren bereit, mit allen Mitteln dafür einzutreten. Wenn es in Amerika „Ermüdungserscheinungen“ in der Verteidigung der Freiheit geben sollte, dann ist jedenfalls Berlin nicht der Platz, wo sie sich zeigen.

Im Gegenteil darf man wohl

Haltung des Vatikans unverändert

Rom (ap). Papst Johannes XXIII. empfing den Generalvikar der Diözese Ermland, Monsignore Hoffer. Wie aus Kreisen des Vatikans verlautet, hat der Papst nicht die Absicht, die bisher vom Vatikan verfolgte Linie in der Frage der von Polen verwalteten deutschen Ostgebiete zu ändern. Diese Haltung habe der Papst auch kürzlich bei den Unterredungen mit dem polnischen Fürstprimas Wyszynsky zum Ausdruck gebracht. Zur Zeit liegt die Kirchenleitung der Ostgebiete in den Händen von drei Auxiliärbischöfen, womit nach vatikanischer Auffassung keine Anerkennung der gegenwärtigen polnischen Oberhoheit in den betreffenden Gebieten verbunden ist.

sagen, daß, anders als im Fall Quemoy, das amerikanische Volk über die Notwendigkeit, in Berlin „stark“ zu bleiben und nicht zurückzuweichen, absolut einer Meinung ist und vertrauenerweckende Entschlossenheit zeigt; allerdings glaubt man nicht, daß Chruschtschow es auf eine entscheidende Kraftprobe, deren Risiken ihm klar sein müssen, ankommen lassen wird.

Kohlenangebot an Pankow

Berlin (Eigenbericht). Der Bundesbevollmächtigte für Berlin, Dr. Vockel, teilte mit, die Treuhandstelle für den Interzonenhandel habe den zuständigen Stellen in Ostberlin die sofortige Lieferung von einer Million Tonnen Steinkohle im Werte von rund 78 Millionen D-Mark angeboten. Dafür soll die Sowjetzone je zur Hälfte auf die Jahre 1959 und 1960 verteilen eine Million Tonnen Braunkohlenbriketts sowie 40 000 Tonnen Weizen aus der Ernte 1959 in die Bundesrepublik liefern.

Anweisungen aus Osterlin

„SOS“-Redakteure bleiben in Haft

Berlin (Eigenmeldung). Die Ende Oktober unter dem Verdacht landesverräterischer Beziehungen verhafteten sechs Redakteure der Zeitschrift „SOS“ bleiben weiterhin in Haft. Der Vernehmungsrichter des Amtsgerichts Tiergarten hat eine Haftentlassung abgelehnt. Bei den Vernehmungen haben die Beschuldigten zugegeben, nicht nur Geld, sondern auch Anweisungen von sowjetzonalen Stellen erhalten zu haben.

Wahlboykott wegen Weizenpreis-Senkung

Paris (dpa). Die Bemühungen der französischen Regierung um eine Senkung der Weizenpreise haben in der südfranzösischen Gemeinde Treilles eine unerwartete Reaktion ausgelöst. Einmütig beschloß der Gemeinderat, dem nur Winger angehören, aus Protest gegen die Regierungsmaßnahmen die Wahl der neuen Nationalversammlung zu sabotieren. Das Bürgermeisteramt von Treilles, in dem traditionsgemäß das Wahllokal eingerichtet wird, soll an den Wahlsonntagen verbarrikadiert werden.



BILDER DER WOCHE. Oben: Der erhöhte Paketverkehr von und nach Berlin hat schon eingesetzt. Auf dem Paketpostamt am Anhalter Bahnhof herrscht Hochbetrieb. Besonders der Versand in die Zone ist groß. — Unten: Vor mehr als 2000 Demonstranten mußte die Westberliner Polizei eine SED-Kundgebung im Sportpalast schützen.

